

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danziger Pfennig

Bezugspreis monatlich 1,50 Gulden, wöchentlich 0,35 Gulden.
Postbezugspreis f. November 700.000 M., Schlusssatz frei.
Anzeigen: die 1. Seite 0,30 Gulden, Reklamazelle 1,50
Gulden. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen
nach dem Danziger Tageskurs

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 272

Dienstag, den 20. November 1923

14. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandauer Str. 6.
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen, Annahme, Zeitungs-
bestellung und Druck 3290.

Der Wahlausfall im Spiegel der Presse.

Der Ausfall der Volkstagswahl hat naturgemäß auf der Rechten große Freude ausgelöst, die anscheinend direkt sinnverwirrend auf den deutschnationalen Geist gewirkt hat. In einem Siegesartikel der „Danziger Allgemeinen Zeitung“ wird gegen Schluss ein längerer Abschnitt vom Anfang dieses Siegesstimmels wörtlich wiederholt. Es heißt in diesem deutschnationalen zwischigen Jubelruf:

Der 18. November 1923 wird in der Geschichte unseres jungen Staates und in der Geschichte des deutschen Volkes ein Ehrenfest sein, ein Tag, der klar und deutlich das nationale und völkische Wesen des Volkes offenbart hat. Wenn man zu den 41.000 Deutschnationalen, die mit den uns angeschlossenen Wählern auf etwa 46.000 Stimmen anwachsen, noch die 10.000 Deutschsozialen zählt, die in völkischen und nationalen Fragen unbedingt mit uns gehen müssen und auch gehen werden, so bedeutet das, daß fast 60.000 Wähler sich zu dem bewußt völkischen und nationalen Gedanken bekennen haben.

Ueber den Zusammenbruch der liberalen Mitte sind die bisherigen Bundesgenossen der Deutschen Partei höchst erfreut. Die Zeit der demokratischen Theorien sei eben endgültig vorüber, die Wahlergebnisse wolle nicht mehr Schaupolitik treiben, sie wolle eine Politik des geraden ehrlichen Weges, keine „Interessen“, sondern Volkserziehung. Das ausgerechnet gerade die Deutschnationalen keine Interessenvertretung betreiben, wird ihnen außer einigen westfremden alten Damen aus dem Heiligen-Geist-Spital niemand recht glauben; denn nicht nur war die deutschnationalen Befämpfung der Getreidemühle brutalste Interessenpolitik für die Agrarier, sondern auch ihre jahrelange Sabotage des staatlichen Elektrizitätswerkes Völkchen war nachste Interessepolitik für die deutschnationalen Besitzer der Schichauwerk.

Von höchstem Interesse ist das offene Eingeständnis, daß die 2000 Fischerstimmen, oder richtiger gesagt, daß der gewählte Abgeordnete der Fischerliste, der Herrar Böhm, den Deutschnationalen zuzurechnen ist. Damit haben die Deutschnationalen offen zugegeben, welchen Wahlschwindel sie betrieben, als sie eine besondere Fischerliste aufstellten, die angeblich eine selbständige Politik betreiben wollte, da die anderen bürgerlichen Parteien versagt hätten. Eine größere Anzahl Fischer, die nichts von den Deutschnationalen wissen wollten, sind nun schon einen Tag nach der Wahl die Betrogenen. Viele andere Kreise dürften es in der nächsten Zeit ebenso sein. Das Hauptorgan der Deutschen Partei für Fortschritt und Wirtschaft, die „Danziger Neuesten Nachrichten“, sind mit dem Ausfall der Freistadtwahl höchst zufrieden, trotzdem gerade die eigene Partei die Kosten des Wahlkampfes zu zahlen hat und von 22 auf 8 Abgeordnete heruntergekommen ist. Aber warum sollte dieses liberale Organ auch nicht zufrieden sein? Haben doch die Deutschnationalen den größten Erfolg errungen, und das ist diesem „liberalen“ Organ mit deutschnationaler Politik die Hauptsache. Dabei deutet das Blatt denselben Vorgang an, der sich zwischen Fischer und Deutschnationalen vollzogen hat, nämlich eine Verschmelzung der Deutschen Partei mit der Deutsch-Danziger Volkspartei. Es heißt da:

Das gilt zunächst für die Parteien der Mitte, die, wie wir bereits vor der Wahl mehrfach betont haben, sowohl im eigenen als auch im Staatsinteresse sich zum mindesten in Form von Arbeitsgemeinschaften so eng als möglich werden zusammenzuschließen müssen. . . . Alle übrigen bleiben unter der notwendigen Stärke von sieben Seiten, die für eine Fraktionsbildung erforderlich ist, nach mühsam also aus den Reichstagen und damit aus der Hauptarbeit im Volkstag ausgeschaltet, wenn nicht besondere Zusammenkünfte, Bindungen und Konstellationen sonstiger Art eintreten. Was wir darunter verstehen und welche Eventualitäten dadurch geschaffen werden können, wollen wir heute noch nicht aussprechen, um den Lesern nicht vorzugreifen. Sicher ist jedenfalls, daß solche Dinge eintreten müssen.

In den Armen liegen sich beide! Warum auch nicht? Grundtatsache: Unterirdische zwischen beiden Parteien bestanden in nicht, und die Kandidaten der Deutsch-Danziger Volkspartei hätten auch ebenso gerne für die als „unfähig“ und „abgewirtschaftet“ kritisierte Deutsche Partei kandidiert, wenn man sie dort an höherer Stelle aufgestellt hätte. Der Vorwand der Deutsch-Danziger Oppositionspartei ist nunmehr erfüllt. Es ist gelungen, einige tausend derjenigen, die nicht alle werden, durch einen großen Oppositions-Tamam bei der bürgerlichen Führe zu halten. Nun kann man sich mit den „Unfähigen“ und „Abgewirtschafteten“ vergnügen zusammenleben und Wirtschaftspolitik machen, d. h. an die Vermehrung der Profitrate denken.

Das hiesige polnische Organ sieht nach den starken Erfolgen der Rechten einen verschärften Kampf mit Polen voraus.

Danzig hat hauptsächlich seine Stimmen den deutschen Nationalisten gegeben und dadurch hat es den Beweis geliefert, daß es immer noch den Zug nach Berlin hat, daß es Hand in Hand mit den deutschen Nationalisten außerhalb der Freistadt geht, und daß es abrotet um die freundschaftlichen Verhältnisse mit Polen nicht kümmert. Der riesige Sieg der Nationalisten, das ist die Aufgabe eines neuen erbitterten Kampfes Danzigs gegen Polen. Die

in Danzig die Kaufmannschaft, die Danziger Industrie und Bevölkerung dabei fahren wird, das ist eine andere Sache. Polen wird den ihm zugeworfenen Fehdehandschuh aufnehmen und den Kampf in größter Ruhe ausfechten.

Den Misserfolg der polnischen Liste führt das polnische Blatt auf eine falsche Zusammenfassung der polnischen Kandidatenliste zurück.

Die Wahlliste war sehr unglücklich zusammengestellt. Sie enthielt eine ganze Reihe unzulässiger, geradezu strafwürdiger Mängel und Lücken, viele Namen, die auf dieser Liste nicht stehen durften, dagegen fehlten viele Kandidaten, die den Gewinn einer großen Stimmenzahl garantierten; ferner wurde die ganze Agitation falsch und lässig betrieben, in einigen Fällen sogar geradezu skandalös. Es nahmen sich der Sache Leute an, die dazu gar nicht berufen waren, die nicht die nötigen Geisteskräfte besaßen, um geschickt eine solche Maschinerie, wie es die Wahlen sind, leiten zu können.

So sehr auch vom sozialistischen Standpunkt aus der Rückgang der Polnischen Partei zu begrüßen ist, so wenig dürfen wir verkennen, daß durch das starke Anwachsen der deutschen Nationalisten die ähner Lage Danzigs nicht gebessert wird. Wir haben es in den letzten Jahren zur Genüge erlebt, daß, wenn die Deutschnationalen Danziger Außenpolitik betrieben, sie sich gebärdeten wie die Elefanten im Porzellanladen. Doch ein großer Teil der Danziger Bevölkerung hat sich nun einmal für diese nationalistischen Madanpolitiker entschieden. Leider wird die gesamte Danziger Bevölkerung sowohl in der neuen als auch in der Außenpolitik Danzigs die Kosten für diese unvernünftige Politik zu tragen haben.

Ein Kredit für Deutschland?

Der Londoner Korrespondent des „Petit Journal“ meldet, man wisse noch nicht, ob die in Amsterdam zwischen deutschen, amerikanischen und englischen Finanzleuten stattfindenden Verhandlungen über einen englisch-amerikanischen Kredit an Deutschland Erfolg haben werden. Die von Deutschland angebotenen Garantien seien recht unbestimmter Art. Sie würden sich aus drei Großindustriellen gestellt: dem Prinzen von Hohenzollern, dem Besitzer zahlreicher schlesischer Gruben, dem Herzog von Ujest, einem weltläufigen Magnaten, und dem Fürsten Saksels, ebenfalls Großgrundbesitzer in Schlesien. Die Summe, die vor Deutschland verlangt wird, beläuft sich auf 12.500.000 Pfund Sterling und soll zum Anlauf von Lebensmitteln und Kohlen, sowie zur Besserung der Valuta verwendet werden. Der englische Text der Vorschläge dieser Kredite sei vor-

gestern abend Stresemann zugegangen. Die Vorschläge des englisch-amerikanischen Konfortiums bezögen sich nur auf die augenblickliche deutsche Regierung, so daß also bei einem Sturz des Kabinetts Stresemann ein Kabinett der äußersten Rechten oder äußersten Linken von diesem englisch-amerikanischen Konfortium nichts zu erwarten habe.

Zu den Verhandlungen in Amsterdam wird noch gemeldet: Hervorragende Bankfirmen dieser drei Länder wollen sich an der Errichtung einer deutschen Goldnotenbank beteiligen. Die Goldnotenbank ist das Ziel der deutschen Währungsreform, die vollwertige, auf Deckung von Gold und Devisen begründete Banknoten herausgeben soll. Die jetzt eingeführte Rentenmark soll als ein Uebergangsstadium geführt werden. Der Vertreter der Theorie der Goldnotenbank ist der jetzt als Reichswehrkommissar berufene Bankdirektor Dr. Sjalmar Schacht. Amerika soll sich bei den Währungskrediten für Deutschland mit 170 Millionen Dollar, also etwa der Hälfte des Betrages, beteiligen. Die Verhandlungen sollen unmittelbar vor der Aufhebung des Vertrages stehen.

Die Bürgerchaftswahlen in Bremen.

Am Sonntag haben auch in Bremen die Neuwahlen zur dortigen Bürgerchaft stattgefunden. Sie hatten folgendes Ergebnis: Deutschnational 16.099, Deutschvölkische 10.970, Deutsche Volkspartei 32.020, Demokraten 19.521, Zentrum 2.010, Bauern 4.860, W. S. P. 2. 4.564, Kommunisten 26.741. Die Verteilung der Mandate ergibt ungefähr dasselbe Bild wie in der letzten Bürgerchaft, wo die Bürgerlichen eine kleine Mehrheit hatten.

Die Beratungen der Botkatterkonferenz.

Agence Savas will erfahren, daß sehr wahrscheinlich die Botkatterkonferenz sich in der Frage der Militärkontrollen in Deutschland auf folgender Grundlage einigen werden: Sie werde der deutschen Regierung mitteilen, daß die Militärkontrollen in aller kürzester Zeit wieder aufgenommen werde, und fragen, ob die deutsche Regierung hierzu ihre Zustimmung gebe oder nicht. Der Kontrollkommission stehe es zu, zu bestimmen, unter welchen Bedingungen sie ihre Pflicht ausüben würde. Wenn Hindernisse entstehen, würde sie entscheiden, ob die deutsche Regierung hierfür verantwortlich sei und in welchem Maße. In diesem Falle würden die Militierten sich verständigen, um, wenn nötig, Maßnahmen zu ergreifen. Was den Kronprinzen anbelangt, so werde man in Anbetracht der Tatsache, daß er seinen Verzicht auf den Thron ausgesprochen und das Versprechen gegeben habe, als Privatperson in Deutschland zu leben, die deutsche Regierung auffordern, strenge darüber zu wachen, daß er das gegebene Versprechen halte.

Staatsstreich der Ruhrindustrie.

Der alte Plan der französischen Politik, Deutschland zu teilen und zu beherrschen, hat jetzt die Unterstützung der rheinisch-westfälischen Großindustrie gefunden. Sie hat in den letzten Tagen offen ihre Bereitschaft gezeigt, die Einheit des Reiches von Millionen von Volksgenossen unter Aufopferung von Leib und Leben monatelang verteidigt, ihren Interessen zu opfern. Anders können die von ihr im Ruhrgebiet getroffenen Maßnahmen nicht gewertet werden. Die Großindustrie verfügt über das Gebiet, als ob es nicht mehr zu Deutschland gehört, und fühlt sich als Beherrscherin des schwarzen Landes an Ruhr und Emscher. Sie sagt dem Volke, dem Staate die Fehde an und diktiert, weil sie die Dummheit der Republik kennt.

Der Kampf, den der deutsche Staat seit den demokratischen Novembertagen im Jahre 1918 um seine Existenz führt, mußte seine besten Kräfte verzehren. Die giftige Atomolymphe der Ultimaten, der offene und verdeckte Krieg Frankreichs, der in der Bekämpfung des Ruhrgebietes seinen Triumph feierte, haben jenes Chaos heraufbeschworen, für das allerdings die Unentschlossenheit und Unentschiedenheit der republikanischen Regierungen mitverantwortlich zu machen sind. Während aber der Staat erlag und in politischen und wirtschaftlichen Krisen zuckte, erkrankte die Industrie, auf deren Rat die Regierungen der Republik nur allzu willig hörten. Sie hat die Regierung Cuno in der Ansicht bestärkt, es auf den Ruhrkampf ankommen zu lassen.

aber die Konsequenzen lehnt sie ab

und fühlt sich stark genug, jenem Staat, den sie mit uns Verderben getrieben hat, die natürlichste Staatsbürgerliche Pflicht, die Treue gerade in der allergrößten Not zu versagen. Gratal legen sich die Vertreter dieser Industrie, die „nationalen“ Männer von ehedem, über Gesetz und Recht hinweg und treiben Schindluder mit den Interessen einer Bevölkerung, die in heroischen Kämpfen den deutschen Boden und die Freiheit deutscher Arbeit verteidigt hat.

Das neueste Diktat der Eisen- und Kohlenbarone beweist, wie weit ihr Machtwort geht: Der Verband der Eisen- und Stahlindustrie hat am Donnerstag dem Degerenten des Dortmunder Arbeitsamtes erklärt, daß der Dreißigstündentag, die Schicht zu 8 Stunden gerechnet, aufhört und an seine Stelle zwei Schichten zu je 10 Stunden verfahren werden müssen. Kurz und bündig bezeichnet er 30 v. H. der Ruhrbergarbeiter als zuviel. Sie sollen nach dem unbesiekten Deutschland abgewiesen werden, wo sie in der Landwirtschaft unterkommen könnten. Ebenso „sozial“ gehalten ist die Erklärung des Vertriebers des Bergbaues und der Direktoren der Jöhren „Schwarzhorn“ und „Gneisenau“. Sie möchten dem Degerenten des genannten Arbeitsamtes Mitteilung von dem Beschluß des Gewerverbandes, sämtlichen Belegschaften

zum 1. Dezember zu kündigen. Auch müßten sie es in Zukunft abziehen, ihre Betriebe als Zuhälter für das Arbeitsamt zur Verfügung zu stellen. Als der Degerent auf die Verordnungen des Ministers verwies, antworteten sie, an ihren Verträgen sei nichts zu ändern, und die Behörden hätten sich mit dieser Tatsache abzufinden.

Dieses Vorgehen der Ruhrindustriellen entzündet einen Kapitalismus, den viele in Deutschland längst überwunden glaubten. Ihm kommt es auf den Gewinn an. Die eigenen Volksgenossen sind nur das Werkzeug, ihn herauszuwirtschaften. In der bedroht, dann gilt die Masse als hinderlich. Noch im Jahre 1920 bettelten Stinnes und Konforten geradezu um deutsche Arbeiter. Sie versprachen ihnen die Durchführung eines großzügigen Siedlungsprogramms, weil damals die Arbeiter zur Steigerung der Kohlenproduktion notwendig gebraucht wurden. Tausende gaben 1920 ihren Weisheitskugeln auf, um zu der notwendigen Steigerung der Kohlenproduktion beizutragen, nicht zuletzt aber auch auf Grund der ihnen gemachten Versprechungen. Sie wollten sich durch Arbeit wenigstens für spätere Tage ein gutes Heim schaffen. Heute, nachdem ihre Arbeitskraft genügend ausgenutzt ist, findet man sie überflüssig, verlangt ihre Deportation und will sie dem Elend überlassen. Moral und Volkstum, oft geerbte Not- und Schicksalsgemeinschaft sind den Industriellen jetzt, wo sie wieder ihre alte Macht fühlen, lächerlicher Tand. Wir müssen gesehen: die französische Besatzungsbehörde war während der Okkupation weniger fahrlässig. Sie hat nur Tausende ausgewiesen. Die Halbgötter des Bergbaulichen Vereins und des Verbandes der Eisen- und Stahlindustrie zwingen Millionen Heim und Scholle zu verlassen, wenn sie nicht verhungern wollen. Wie entschuldigst man diese Maßregel, die

Kein Beispiel in der europäischen Wirtschaftsgeschichte

hat? Gewiß, das Land kann nicht mehr wie früher kaufen, und der Export liegt zum Teil brach. Aufträge werden nicht, und viele Schornsteine rauchen nicht mehr. Wer aber hat diese Krise verschuldet? Wer hat ihre Grundursache, die Inflation, mit allen Kräften gefördert? Herr Stinnes, der ungekrönte König der Kohlen- und Stahlrepublik in Deutschland, könnte darüber erschlüssende Auskunft geben. Eine Reihe von Wirtschaftsverbänden der Fertigwarenindustrie hat ja den Herren des Bergbaues und der Eisen- und Stahlindustrie den Vorwurf gemacht, durch überhöhte Preise die Einkaufs- und Beschäftigungsmöglichkeit völlig untergraben zu haben. Diefelben Leute haben an der Dumpingwirtschaft profitiert und in den verflochtenen Jahren der Scheinkonjunktur jenen Devisenkod in den Treibern ausländischer Banken angelegt, der jetzt, wenn man ihn für die heimische Industrie nutzbar machen wollte, über die schlimmste Zeit hinwegsetzen

Als wir im weinabendlichen Dunkel vom Rodenher-
zum ranch umdrang, unter den Sternen dahin, über
wende Feldhöfen und an nachbleichen Gewässern vorüber
an Bergkuppen schritten. Hina der absterne Glodenschlag
der Hür im Ohr nach wie eine heile Mahnung, daß die
Heile, je tiefer in seinen Reden an die Leutliche Nation
in dem Maße als das Licht, in unseren Tagen erweht und
stärkt, denn je auf Erleuchtung drängen: Althina nicht
als anstehende, sondern als lernende Wesen, sondern als Erziehu-
ngs- und Erziehende, und nicht als Sonderrecht einzieh-
ende, sondern als Angelegenheiten der Gemeinsamkeit des
Vollst zu betrachten.

Danziger Nachrichten.

Die bisherige Feststellung des Wahlergebnisses
weist gegenüber den gestern gemeldeten Zahlen nur unerhebliche Abweichungen auf. Die Verteilung der Mandate steht noch nicht in allen Fällen fest. Nicht ausgeschlossen ist, daß auf die Vereinigte Sozialdemokratie ein Mandat weniger entfällt, daß wahrscheinlich dem Zentrum zuzufallen wird. Auch zwischen den anderen Parteien sind noch kleine Verschiebungen möglich. Endgültig ist die Verteilung der Mandate erst nach Vorliegen und Prüfung der amtlichen Wahlergebnisse möglich, was Ende der Woche der Fall sein dürfte.

Die Berufe der Volkstagsabgeordneten.

In dem neuen Volkstag sind die einzelnen Berufe wie folgt vertreten: Die größte Gruppe stellen wiederum die Beamten, die insgesamt 88 Abgeordnete stellen; darunter sind 7 Lehrer, 2 Pfarrer und 2 Professoren. Die Beamten stellen demnach über ein Viertel der Volkstagsabgeordneten; im alten Volkstag war ihre Zahl noch größer, nämlich 41, also ein Drittel der Gesamtzahl. Von Gewerkschaftlern werden 18 Abgeordnete eingebracht (nicht 21, wie die „Danziger Nachrichten“ in ihrem Hef gegen die Gewerkschaften zu berichten weiß). Von den Gewerkschaften stellt die Sozialdemokratische Partei 8, das Zentrum 2, die Deutschnationalen und Polen je 1, und die Deutsch-Danziger 1 Gewerkschaftler. Handel und Industrie sind durch 20 Abgeordnete vertreten. 16 Abgeordnete sind Arbeiter, 8 Angestellte. Die Landwirtschaft stellt 5 Vertreter (4 bei den Deutschnationalen, 1 bei den Kommunisten). Handwerk und Gewerbe 9, die freien Berufe 3, Ärzte sind 4 Abgeordnete. Frauen haben 10 Mandate bezieht. Sie verteilen sich auf folgende Parteien: Sozialdemokraten 2, Deutschnationale 3, Zentrum 1, Deutsche Partei 1, Kommunisten 2, Deutsch-Danziger 1. Im alten Volkstag waren die Frauen in gleicher Stärke vertreten.

Nicht wiederkehrende Abgeordnete.

Es sind nicht wieder gewählt worden:
Von den Deutschnationalen: Albrecht, Eisenbahnarbeiter; Christiani, Pfarrer; Frau Freudental; Glombowski; Grube, Werkdirektor; Haack, Kaufmann; Karow, Obermeister; Kossowski, Besitzer; Niehaus, Direktor; Stobbe, Brauereibesitzer; Ziem-Neubau. Von den früheren Abgeordneten der Deutschen Partei gehören in den Volkstag nicht zurück: Bröckersdorf, Redakteur; Friedrich, Lehrer; Giesert, Fabrikbesitzer; Hallmann, Tischlermeister; Jaselsan, Lehrer; Henke, Bureaupersonal; Jewelowski, Fabrikbesitzer; Kuhn, Handlungsgehilfe; Frau v. Mohrke, Adv. Vertretung; v. Schröder, Bürgermeister; Sturm, Wohlfahrtsdirektor; Fr. Wessel, Handelsangestellte. Aus der früheren Zentrumsfraktion sind ausgeschieden: Schulz, Baugewerksmeister; Frau Supper; bei den Polen: Kuhnert, Kaufmann; v. Rudzinski, Kaufmann, Groblewski, Ingenieur.

Nachträgliche Wahlergebnisse.

Kreis Danziger Niederung.

Boogslang: Sozialdemokraten 8, Deutschnationale 1, Freie Vereinigung 11, Fischer 183, Kommunisten 2.
Groszkamp: Sozialdemokraten 98, Deutschnationale 144, Freie Vereinigung 8, Zentrum 3, Fischer 7, Kommunisten 11, Deutschnationale 1.
Fischerhagen: Sozialdemokraten 15, Deutschnationale 18, Freie Vereinigung 12, Zentrum 1, Deutsche Partei 2, Kommunisten 7.
Glatt: Sozialdemokraten 62, Deutschnationale 99, Freie Vereinigung 2, Zentrum 1, Kommunisten 40.
Goch: Sozialdemokraten 41, Deutschnationale 169, Zentrum 2, Deutsche Partei 1, Kommunisten 26, Polen 1, Brieskorn 3.
Wohlg: Sozialdemokraten 49, Deutschnationale 73, Freie Vereinigung 3, Zentrum 4, Kommunisten 7, Deutsch-Danziger 3.
Wohlgerebin: Sozialdemokraten 53, Deutschnationale 127, Freie Vereinigung 4, Zentrum 6, Kommunisten 10.

Danziger Höhe.

Brenan: Sozialdemokraten 189, Deutschnationale 74, Freie Vereinigung 12, Zentrum 157, Fischer 1, Deutsche Partei 2, Kommunisten 109, Deutschnationale 3, Deutsch-Danziger 13, Polen 15.
Schubert: Sozialdemokraten 6, Deutschnationale 87, Zentrum 43, Deutsche Partei 1, Kommunisten 52, Deutschnationale 5, Polen 15.
Gieselerberg: Sozialdemokraten 66, Deutschnationale 209, Freie Vereinigung 9, Zentrum 33, Deutsche Partei 9, Kommunisten 7, Deutschnationale 5, Deutsch-Danziger 18, Polen 2.
Wagel: Sozialdemokraten 3, Deutschnationale 77, Freie Vereinigung 5, Zentrum 23, Deutsche Partei 6, Kommunisten 33, Deutschnationale 7.
Frank: Sozialdemokraten 269, Deutschnationale 331, Freie Vereinigung 7, Zentrum 191, Deutsche Partei 22, Kommunisten 244, Deutschnationale 166, Deutsch-Danziger 29, Polen 17, Brieskorn 1, Mieter 1.
Jippel: Sozialdemokraten 22, Deutschnationale 91, Freie Vereinigung 4, Zentrum 37, Deutsche Partei 4, Kommunisten 29, Polen 4.
Vamensk: Sozialdemokraten 2, Deutschnationale 144, Freie Vereinigung 26, Zentrum 43, Deutsche Partei 4, Kommunisten 7, Polen 24.
Gr. Baglan: Sozialdemokraten 62, Deutschnationale 150, Freie Vereinigung 22, Zentrum 2, Kommunisten 3, Deutsch-Danziger 2, Polen 1.
Strandhütte: Sozialdemokraten 24, Deutschnationale 481, Strippan: Sozialdemokraten 39, Deutschnationale 264, Freie Vereinigung 19, Zentrum 23, Polen 18.
Wlad: Sozialdemokraten 3, Deutschnationale 261, Freie Vereinigung 1, Zentrum 11, Deutschnationale 2.
Wentz: Sozialdemokraten 187, Freie Vereinigung 1, Zentrum 11, Deutschnationale 2.
Wassan: Sozialdemokraten 11, Deutschnationale 196, Freie Vereinigung 6, Zentrum 106, Deutsche Partei 1, Polen 14.
Watt: Sozialdemokraten 52, Deutschnationale 112, Freie Vereinigung 4, Zentrum 5, Kommunisten 3, Deutsch-Danziger 9, Polen 15.
Gr. Sals: Sozialdemokraten 6, Deutschnationale 128, Freie Vereinigung 14, Zentrum 23, Kommunisten 161, Deutsch-Danziger 5, Polen 44.
Ober-Bulau: Sozialdemokraten 65, Deutschnationale 155, Freie Vereinigung 1, Zentrum 43, Kommunisten 33, Polen 19.

Großes Werder.

Schönan: Sozialdemokraten 18, Deutschnationale 109, Freie Vereinigung 4, Zentrum 5, Kommunisten 5, Polen 7.
Stadtfeld: Sozialdemokraten 4, Deutschnationale 41.

Biekerfelde: Sozialdemokraten 44, Deutschnationale 52, Zentrum 13.

Simonsdorf: Sozialdemokraten 47, Deutschnationale 90, Freie Vereinigung 12, Zentrum 18, Kommunisten 12, Deutsch-Danziger 11, Polen 28.

Altenau: Sozialdemokraten 8, Deutschnationale 17, Kommunisten 3.

Schönan: Sozialdemokraten 18, Deutschnationale 109, Freie Vereinigung 4, Zentrum 12, Kommunisten 18.

Stadtfeld: Sozialdemokraten 4, Deutschnationale 41.

Simonsdorf: Sozialdemokraten 47, Deutschnationale 90, Freie Vereinigung 12, Zentrum 18, Kommunisten 12, Deutsch-Danziger 11, Polen 28.

Altenau: Sozialdemokraten 8, Deutschnationale 17, Kommunisten 3.

Witt-Belstel: Sozialdemokraten 18, Deutschnationale 71, Zentrum 23, Deutsche Partei 2.

Wlad: Sozialdemokraten 33, Deutschnationale 101.

Forstberg: Sozialdemokraten 54, Deutschnationale 56, Freie Vereinigung 5, Deutsche Partei 1.

Wohlg: Sozialdemokraten 35, Deutschnationale 88, Freie Vereinigung 10, Kommunisten 1.

Wohlg: Sozialdemokraten 19, Deutschnationale 65, Freie Vereinigung 5, Zentrum 6, Deutsche Partei 3, Kommunisten 11.

Gr. Wandsdorf: Sozialdemokraten 28, Deutschnationale 170, Zentrum 34, Deutsche Partei 5.

Wlad: Sozialdemokraten 3, Deutschnationale 36, Deutsche Partei 1, Kommunisten 15.

Wentz: Sozialdemokraten 25, Deutschnationale 97, Zentrum 1, Deutsche Partei 2, Kommunisten 1, Deutsch-Danziger 2.

Wohlg: Sozialdemokraten 128, Deutschnationale 236, Zentrum 38.

Wohlg: Sozialdemokraten 3, Deutschnationale 57, Freie Vereinigung 2.

Gr. Wandsdorf: Sozialdemokraten 3, Deutschnationale 45.

Wohlg: Sozialdemokraten 94, Deutschnationale 90, Zentrum 109, Freie Vereinigung 4, Kommunisten 14, Brieskorn 2.

Wohlg: Sozialdemokraten 98, Deutschnationale 159, Freie Vereinigung 8, Fischer 6, Deutsche Partei 7, Kommunisten 103.

Altenau: Sozialdemokraten 7, Deutschnationale 55, Zentrum 4, Kommunisten 6.

Kaltcherberge, Scharpan, Kuchwerder, Paraskung: Sozialdemokraten 26, Deutschnationale 109, Freie Vereinigung 1, Kommunisten 18.

Wohlg: Sozialdemokraten 8, Deutschnationale 47, Freie Vereinigung 2, Kommunisten 15.

Wohlg: Sozialdemokraten 31, Deutschnationale 41, Freie Vereinigung 5, Zentrum 21, Fischer 8, Kommunisten 23.

Wohlg: Sozialdemokraten 8, Deutschnationale 91, Freie Vereinigung 2, Zentrum 18, Fischer 4, Deutsche Partei 11, Deutsch-Danziger 1.

Wohlg: Sozialdemokraten 76, Deutschnationale 31, Zentrum 2, Kommunisten 4.

Wohlg: Sozialdemokraten 94, Deutschnationale 99, Freie Vereinigung 4, Fischer 109, Kommunisten 14, Brieskorn 2.

Wohlg: Sozialdemokraten 27, Deutschnationale 50, Freie Vereinigung 5, Zentrum 32, Kommunisten 6, Deutsch-Danziger 1.

Wohlg: Sozialdemokraten 30, Deutschnationale 101, Freie Vereinigung 18, Zentrum 2, Deutsche Partei 10, Deutschnationale 2, Deutsch-Danziger 6.

Wohlg: Sozialdemokraten 97, Deutschnationale 31, Freie Vereinigung 7, Zentrum 26, Deutsche Partei 2, Kommunisten 4, Deutsch-Danziger 5.

Wohlg: Sozialdemokraten 49, Deutschnationale 154, Freie Vereinigung 6, Deutsche Partei 6, Kommunisten 44.

Die Stimmzahlen in den Kreisen.

Danzig Niederung.			(1920)
Vereinigte Sozialdemokratie	4304	(SPD. 2720)	
Kommunisten	1213	(U.S.P. 2610)	
Deutschnationale	4622	(3302)	
Freie Vereinigung	340		
Zentrum	519	(382)	
Fischer	1379		
Deutsche Partei	357	(1862)	
Deutschsozial	75		
Deutsch-Danziger	202		
Polen	17	(55)	
Brieskorn	36		
Mieter	—		

Danzig Höhe (einschl. Olina).			1920
Vereinigte Sozialdemokratie	4499	(S.P.D. 3614)	
Kommunisten	3710	(U.S.P. 3725)	
Deutschnationale	8633	(7830)	
Freie Vereinigung	717		
Zentrum	4659	(4635)	
Fischer	55		
Deutsche Partei	914	(2654)	
Deutschsozial	694		
Deutsch-Danziger	1003		
Polen	1887	(2413)	
Brieskorn	24		
Mieter	163		

Großes Werder:			(1920)
Vereinigte Sozialdemokraten	5487	(S.P.D. 2503)	
Kommunisten	1070	(U.S.P. 5162)	
Deutschnationale	9014	(6233)	
Freie Vereinigung	474		
Zentrum	2194	(2105)	
Fischer	212		
Deutsche Partei	429	(1478)	
Deutschsozial	113		
Deutsch-Danziger	93		
Polen	109	(83)	
Brieskorn	17		
Mieter	2		

In Rappot

wurden insgesamt an Stimmen abgegeben: für die Sozialdemokraten 1124, Kommunisten 669 (1920: für S.P.D. 312, U.S.P. 449), Deutschnationale 3163 (1920: 3691), Freie Vereinigung 155, Zentrum 1879 (1920: 1897), Deutsche Partei 773 (1920: 1875), Fischer 77, Deutschsozial 1199, Deutsch-Danziger 189, Polen 616 (1920: 655), Brieskorn 3, Mieter 163.

Das Lindenfabrik ist heute abend wieder an Gas im großen Saale des Friedrich-Wilhelm-Schützenhauses; auch diesmal dient die Veranstaltung einem wohltätigen Zweck. Für eine Weihnachtsgabe armer Kinder sollen die notwendigen Mittel aufgebracht werden.

Verhandlungen im Holzarbeiterstreik.

Die Senatsverhandlung schreibt: „Nachdem vor etwa einer Woche eine Vollversammlung der streikenden Holzarbeiter sich für Fortsetzung des Streiks ausgesprochen hatte, hat in Anbetracht der außerordentlich nachteiligen Wirkungen des Streiks auf die allgemeine wirtschaftliche Lage in Danzig der Senat sich nochmals entschlossen, eine Vermittlung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Holzgewerbe herbeizuführen. Am Vorabend des ausstehenden Senats zu Tage hat gestern abend eine Aussprache zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer stattgefunden. Im Ergebnis derselben wird heute nachmittags eine Vollversammlung der Arbeitnehmer zu den ihnen von den Arbeitgebern angebotenen Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit Stellung nehmen.“

Die Arbeitgeber sind bereit zur reiblosen Einstellung aller Streikenden und zur Aufnahme von Verhandlungen über alle strittigen Punkte nach Wiederaufnahme der Arbeit.

Im Fahrstuhl zum Bahnhofs. Die seit 23 Jahre bettlegerige Genossin Zielz wollte auch von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen, um dem Senat für seine „Wohlfahrtspolitik“ und den Deutschnationalen für den Buh der Dittung zu geben. Da die Genossin nicht selbst gehen kann, versuchte man das Sanitätsbüro der Feuerwehr heranzuziehen. Leider konnte so schnell nicht das erforderliche Mittel, das keine ansteckende Krankheit vorliegt, beschafft werden. So wäre beinahe die Genossin um ihr Stimmrecht gekommen. In letzter Stunde mußten sich mehrere Parteigenossen Rat zu schaffen. Die Bedauernde wurde in einen Krankenstuhl gebracht und so zum Bahnhofs gefahren. Vor Schmerzen konnte sie sich nicht rühren, deshalb wurde das Fahrzeug mit der Kranken die Treppe zum Bahnhofs getragen. Die Schwerleidende konnte ihren Stimmzettel abgeben. Gern erlaubte die immer Leidende die großen Qualen des unpassenden Transportmittels. Das Vorbildliche Verhalten dieser Genossin muß allen Parteimitgliedern Anlaß sein, mit gleichem Idealismus für die Partei zu wirken.

Die Umstände dieses Vorfalles gemahnen uns aber, sofort eine Organisation zu schaffen, die im Bedarfsfalle Sanitätsdienste leistet. Genossen und Genossinnen, die in diesem Sinne wirken, werden gebeten, ihre Adresse dem Genossen Gustav Graßmann, Heilige-Geist-Gasse 98, voranzutreiben, mitzuteilen. Es ist beabsichtigt, eine Samariterkolonne zu gründen, wie sie in den meisten Großstädten seit langem bestehen.

Doch noch einer gefaßt. Am 16. November tagte das das Marktgericht auf dem Markt Danzigs. Ein Händler wurde wegen Höchstpreisüberschreitung beim Verkauf von Butter zu 20 Gulden Geldstrafe verurteilt. Auch wurden seine Vorräte eingezogen und zum Höchstpreis an das Publikum verkauft. — Man muß sich wundern, daß endlich mal einer von den Butterhändlern gefaßt worden ist. Der Hintenherum-Handel mit Butter geht in einem derart umfangreichen Maße vor sich, daß dieser vereinzelte Straffall nicht viel besagen will. Wegen der zahlreichen Höchstpreisüberschreitungen müßte ganz anders vorgegangen werden.

Kommunistenverhaftungen. Gestern morgen wurden auf dem Hauptbahnhof sechs kommunistische Agitatoren verhaftet. Sie sollen Waffen bei sich geführt haben, ohne im Besitz von Waffenscheinen zu sein.

Ein Staatskommissar bei der Zentralkasse. Auf Grund der der Zentralkasse Aktien-Gesellschaft erteilten Genehmigung von Inhaberschuldverschreibungen hat der Senat Herrn Regierungsrat Dr. Dahn zum Staatskommissar für die Zentralkasse Aktien-Gesellschaft ernannt. Der Staatskommissar ist zu den Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse einzuladen. Er hat das Recht, jederzeit in die Bücher und den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft Einblick zu nehmen zwecks Feststellung der Übereinstimmung des Geschäftsganges mit den Bedingungen der Satzung und der erteilten Konzession.

Der Vorkampftag im Schützenhaus. Den Veranstaltern des am nächsten Freitag im Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus stattfindenden Vorkampftages ist es gelungen, einige sehr bekannte Kämpfer für den Abend zu verpflichten. So wird der Erbsengewichtmeister Kurt Sasse gegen den Regierboxer Johnson in den Ring treten. Im zweiten Kampf wird der Danziger Boxmeister Erich Grünte gegen Kröger-Berlin antreten. Der dritte Kampf bringt ein Zusammenreffen des hier bereits bekannten Boxers Peters-Dannover und Rother-Polldam. Als besonderes Ereignis ist dann das Auftreten des bisher in Deutschland unbesiegten Paul Samson-Röner (165 Pfd.) anzusehen. Ihm steht als Partner Fikner-Berlin (170 Pfd.) gegenüber. Beachtenswert ist, daß Samson nicht nur Breitensträker, sondern auch Giuseppe Spalla und andere Knockout geschlagen hat, während Fikner vielfach als der kommende Mann bezeichnet wird, weil er Rössemann niederschlug. Dem Abend wird man mit Interesse entgegensehen können.

In der Nacht. Am Sonntag, gegen 4 Uhr morgens, hörte ein Beamter der Schutzpolizei Silferne vom Fischmarkt (Bäckerstraße) her. Hier angekommen, sah er zwei Personen in der Mottlau, die er mit Hilfe von einigen Stiften aus dem Wasser herausholte. Es handelte sich um eine Näherin S. Fr. und den Kontoristen R. Schm. Die Fr. soll angeblich ausgeglitten und ins Wasser gestürzt sein, worauf Schm. ihr nachsprang.

Das Standesamt 1 ist des Buß- und Bettelges wegen zur Anmeldung von Sterbefällen morgen von 11½ bis 1 Uhr mittags geöffnet.

Danziger Standesamt vom 20. November 1923.

Todesfälle. Wwe. Auguste Becker geb. Karan, 76 J. 6 M. — Wwe. Juliana Fuchs geb. Wunderlich, 96 J. 5 M. — Frau Maria Fikahn geb. Westphal, 60 J. 4 M. — Sohn des Eisenbahn-Hilfsbediensteten Adolf Gardske, 11 J. 5 M. — Bernsteindruck-Verleger Heinrich Wötter, 17 J. 3 M. — Schneider Gottfried Gronwald, 24 J. 2 M. — Justizamtmann a. D. Hermann Knoedel, 64 J. 10 M. — Tochter des Klempners Ursula Gntermann, 5 M.

Parteinachrichten.

Die Bezirkskassierer werden dringend ersucht, alle Sammelkarten sofort einzuziehen und im Bureau abzugeben.

Die Bezirksleiter werden ersucht, alle Wählerlisten einzuziehen und im Bureau abzugeben.

Die Landesvorstandsmitglieder müssen heute abend 5 Uhr zur Sitzung im Fraktionszimmer erscheinen.

Die Parteileitung.

Lebens-Glaube.

